Guatemalanetz Bern

guatemala-netz zürich

Reisebericht 2018

Guatemalanetz Bern & Guatemala-Netz Zürich

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG 3

REISEPROGRAMM 3

WIRTSCHAFTLICHE GROSSPROJEKTE: ENTWICKLUNG FÜR WEN? 5

VOM STAAT VERLASSEN 8

LOKALE INITIATIVEN DER SELBSTVERWALTUNG 10

DIFFAMIERUNG UND KRIMINALISIERUNG 12

FRAUEN IM WIDERSTAND 14

DANK 16

Bild auf der Titelseite: Die Reisegruppe mit den ehemaligen politischen Gefangenen von Barillas und ihren Familien

Foto: Alice Froidevaux

Einleitung

Die Guatemalanetze Bern und Zürich organisierten vom 2. bis 18. Februar 2018 eine Gruppenreise nach Guatemala. Die „Delegationsreise" war offen für Menschen mit Vorkenntnissen zur Region und zur Thematik Menschenrechte und bot die Gelegenheit, sich neu und vertieft auf die gegenwärtige Menschenrechtslage in Guatemala einzulassen.

Die Reisegruppe setzte sich aus zwölf Personen zusammen, die alle bis auf unsere jüngste Teilnehmerin schon eine – zum Teil jahrelange – Verbindung zu Guatemala pflegen. Viele der Teilnehmenden sind ehemalige *acompañantes* von Acoguate (Peace Watch), andere haben persönliche und familiäre Beziehungen im zentralamerikanischen Land.

Die Reisegruppe in der 'Basis' – dem Hotel Spring in Guatemala Ciudad

Als Reiseleitung konnten wir Dania Rodríguez und Rob Mercatante gewinnen. Seit vielen Jahren widmen sie sich im Rahmen unterschiedlicher Projekte und Organisationen der Menschenrechtsarbeit in Guatemala. Im 2017 gründeten sie gemeinsam das Human Rights Defenders Project (HRDP). Ihre langjährige Erfahrung mit Delegationen trug wesentlich dazu bei, dass unsere Reise reibungslos verlief und das grosse Vertrauen, welches die zwei bei MenschenrechtsverteidigerInnen im Land geniessen, öffnete uns viele Türen.

Reiseprogramm

Das intensive zweiwöchige Reiseprogramm war grob in zwei Teile aufgeteilt: Feldbesuche bei verschiedenen Gemeinschaften im Widerstand gegen wirtschaftliche Grossprojekte und im Kampf für ein würdevolles Leben zum einen und Treffen mit Menschenrechtsorganisationen in der Hauptstadt zum anderen.

Zum ersten Teil gehörten Besuche in La Puya und Nacahuil sowie ein Treffen mit dem Consejo de Pueblos K'iche's (CPK). Der Fokus lag dann auf dem Norden von Huehuetenango, eine extrem konfliktreiche Region, die durch ihre Abgelegenheit jedoch wenig Aufmerksamkeit bekommt und kaum von NGOs oder RegierungsvertreterInnen besucht wird. Umso mehr war es uns ein Anliegen, die umständlichen Reisewege auf uns zu nehmen und uns vor Ort ein Bild

von der Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen in dieser Gegend zu machen. Wir besuchten das Gobierno Ancestral Plurinacional und das Radio Comunitario Snuq' Kolom Konob' in Santa Eulalia, die ehemaligen politischen Gefangenen und ihre Familien sowie die Asociación de Mujeres Ak'abal in Barillas und die Gemeinden im Widerstand gegen ein Wasserkraftprojekt in Ixquisis, nahe der Grenze zu Mexiko. Zudem konnten wir uns bei einem Abendessen mit Cecilia Mérida und Rubén Herrera austauschen. Bevor es zurück in die Hauptstadt ging, durften wir weitere bedeutende Personen kennenlernen, die uns halfen den historischen und politischen Kontext von Guatemala besser zu verstehen: Bischof Álvaro Ramazzini in Huehuetenango, Padre Erick Gruulos und Leute aus seiner Gemeinde in San Miguel Ixtahuacán (Mine Marlin) und den bekannten Anthropologen Padre Ricardo Falla in Santa María Chiquimula. In Guatemala Ciudad trafen wir zudem zwei Vertreterinnen des Colectivo 8 Tijax, das sich nach der schlimmen Tragödie im staatlichen Jugendheim Hogar Seguro Virgen de la Asunción vom 8. März 2017 gebildet hat, und eine Delegation von El Estor. Die Konflikte in dieser Gemeinde am Izabal-See interessieren uns besonders, da die heutige Besitzerin der dort tätigen Nickelfirma Compañía Guatemalteca de Niquel (CGN/ProNiCo), die Firma Solway Group, ihren Sitz in der Schweiz hat.

Zum zweiten Teil der Reise gehörten Treffen mit verschiedenen Organisationen, die in Guatemala MeschenrechtsverteidigerInnen direkt begleiten, namentlich Acoguate, Peace Brigades International, die Unidad de Protección a Defensoras y Defensores de Derechos Humanos – Guatemala (Udefegua) und die Plataforma Internacional Contra la Impunidad (Pi). Analysten und Medienschaffende vom El Observador und der Prensa Comunitaria sowie juristische Vertreter des Bufete Jurídico de Derechos Humanos und der Comisión Internacional de Juristas halfen uns, einen Überblick über die historisch gewachsenen und tief eingesessenen Strukturen der guatemaltekischen Elite und über die aktuellen politischen Tendenzen in Guatemala zu gewinnen. Ein Besuch im ehemaligen Polizeiarchiv (Archivo Histórico de la Policía Nacional) erlaubte einen Einblick in die wichtige Arbeit der Vergangenheitsaufarbeitung, die vom guatemaltekischen Staat jedoch nicht unterstützt wird. Zudem hatten wir die grosse Ehre die vielbeschäftigte und engagierte Abgeordnete Sandra Morán kennenzulernen: Ex-Guerillera, Musikerin, Feministin, Verfechterin der *pueblos originarios* und einzige bekennende lesbische Frau im gesamten Staatsapparat. Als Abschluss der Reise wurden wir schliesslich vom Schweizer Botschafter für Guatemala und Honduras, Hand-Ruedi Bortis, empfangen und hatten die Gelegenheit unsere Eindrücke und Erfahrungen an ihn weiterzugeben.

In den zahlreichen Begegnungen und Gesprächen haben sich einige Schwerpunktthemen herauskristallisiert, die wir im Folgenden zusammenfassen.

Wirtschaftliche Grossprojekte: Entwicklung für wen?

Seit mehreren Jahren arbeiten die Guatemalanetze Bern und Zürich zum Themenschwerpunkt „natürliche Ressourcen und Menschenrechte". In diesem Rahmen solidarisieren wir uns mit ländlichen, oft indigenen Gemeinschaften, die sich gegen wirtschaftliche Grossprojekte wehren und ihre Rechte auf Land und Territorium, sauberes Wasser und Selbst- oder zumindest Mitbestimmung einfordern.

Die neokolonialen Verhältnisse als Resultat eines neoliberalen Wirtschaftsmodells, das gemeinsam von der guatemaltekischen Elite und transnationalen Grosskonzernen getragen wird, und die konkreten gesellschaftlichen Konflikte rund um Bergbau- und Wasserkraftprojekte bildeten auch den Hauptkontext unserer Reise.

Im Namen der „Entwicklung" des Landes vergibt der guatemaltekische Staat grosszügig Lizenzen für den Abbau verschiedener Rohstoffe und für die Gewinnung von Wasserkraft an nationale und internationale Unternehmen. Alleine im Gebiet der Q'anjob'ales in der Region Huehuetenango seien momentan 27 Lizenzen für Bergbauprojekte und 23 für Wasserkraftwerke vergeben, erzählt uns ein Vertreter des Gobierno Ancestral Plurinacional. Betrachte man die Fläche und die Wasservorkommnisse der Region, werde schnell klar, dass diese Rechnung nicht aufgehe; „und wenn es kein Land und kein Wasser mehr gibt, bleibt nur noch der Tod."

"Für das Wasser und das Leben – Nein zum Bergbau"

Rohstoffabbau, industrielle Landwirtschaft und Wasserkraftwerke gefährden die Lebensgrundlagen der lokalen, meist indigenen Bevölkerung. Der Zugang zu (sauberem) Wasser wird durch den intensiven Wasserverbrauch und die Wasserverschmutzung von extraktiven Grossprojekten stark eingeschränkt. Zudem gehören gewaltsame Vertreibungen noch immer zur Tagesordnung: „Zuerst wurden wir durch die Plantagenwirtschaft vom fruchtbaren Land in die Berge vertrieben; jetzt sind die grossen Rohstoffvorkommen hier bekannt und wir werden erneut weggedrängt – wo sollen wir denn jetzt bitteschön hin?" fragt ein anderes Mitglied des Gobierno Ancestral Plurinacional.

Die versprochenen positiven Auswirkungen von Wirtschaftsprojekten für die Bevölkerung bleiben aus: Die Unternehmen bezahlen kaum Steuern; Arbeitsplätze werden oft nicht an lokale Bewohner vergeben und wenn, dann sind die Arbeitsbedingungen und Löhne schlecht; die durch Wasserkraft gewonnene Elektrizität wird direkt für nahegelegene Bergbauprojekte verwendet oder exportiert – für die ländlichen Gemeinschaften bleibt sie unzugänglich oder unerschwinglich.

Die Frage bleibt also: „Entwicklung" für wen? Es profitiert nur eine kleine Elite. Es sind wenige Oligarchen-Familien, die mit Hilfe eines korrupten Staates und ausländischer Konzerne die Wirtschaft in Guatemala kontrollieren; dieselben Firmen besitzen mehrere Lizenzen für verschiedene zusammenhängende Arten des Extraktivismus und geniessen so oft einen Monopolstatus. Die Grundlage für eine weitere Stärkung der guatemaltekischen Wirtschaftselite bildeten die Friedensverträge von 1996; „der Friedensschluss war in erster Linie wirtschaftlich motiviert, das Land musste befriedet werden, damit sich die Oligarchie weiter ausbreiten konnte," erklärt ein Mitglied des Observador.

Den ländlichen Gemeinschaften, die sich gegen wirtschaftliche Projekte aussprechen, wird vorgeworfen, sie stellen sich gegen den Fortschritt des Landes. Doch immer wieder wurde uns bestätigt: „Wir sind nicht prinzipiell gegen Entwicklung, aber wir wollen unsere eigene Art von Entwicklung. " Die *pueblos indígenas* wollen selbst entscheiden, ob und wie Projekte in ihrer Region umgesetzt werden sollen. Bisher werden sie vom Staat und den Firmen nicht oder falsch über Wirtschaftsprojekte informiert. Obwohl Guatemala die ILO-Konvention 169 ratifiziert hat, werden sie nicht konsultiert und die Resultate von selbst durchgeführten *consultas de buena fe* werden nicht anerkannt. Das Vertrauen in Dialogmechanismen haben die meisten Gemeinschaften weitgehend verloren – zu oft wurden Versprechungen nicht eingehalten und zu ungleich sind die Kräfteverhältnisse. Ganz bewusst versuchen die Firmen auch, die Gemeinden und Widerstandsbewegungen zu spalten; die Bestechung von Lokalregierungen und wichtigen *dirigentes* ist dabei ein gängiges Mittel.

Trotzdem gelingt es in verschiedenen Regionen des Landes einen gewaltfreien Widerstand gegen wirtschaftliche Grossprojekte aufrecht zu erhalten. Eines der bekanntesten Erfolgsbeispiele ist die Resistencia pacífica y legal de la Puya.

"La Puya lebt, weil es Widerstand leistet."

Sechs Jahre lang boten die BewohnerInnen der Bezirke San José del Golfo und San Pedro Ayampuc einer US-amerikanischen Firma mit einer 24-Stunden-Präsenz am Eingang zur geplanten Goldmine die Stirn. Mehrmals versuchte die Polizei das Widerstandscamp mit einem Grossaufgebot zu räumen, mehrere Personen wurden dabei verletzt. Doch die Gemeinschaft um La Puya blieb hartnäckig. 2016 dann schliesslich die gute Nachricht: Im Juni ordnete das Oberste Gericht Guatemalas die Schliessung der Goldmine im Gebiet an. Ganz beruhigt könne man aber bis heute nicht sein, sagt uns ein Mitglied der Widerstandsbewegung. Es seien weitere Bergbauprojekte in der Region geplant und verschiedene Personen von La Puya werden immer noch bedroht und es gibt falsche Anschuldigungen gegen sie.

Weitere Fragen stellen sich in Bezug auf die „Nachhaltigkeit" von Wirtschaftsprojekten, sowohl aus gesellschaftlicher Sicht als auch hinsichtlich der Umwelt, wie das Beispiel der Mine Marlin in San Miguel Ixtahuacán im Departement San Marcos eindrücklich zeigt.

Ein Teil der geschlossenen Mine Marlin „neu begrünt"

Zwischen 2006 und 2017 hat das kanadische Unternehmen Goldcorp mit seiner Tochterfirma Montana hier Gold abgetragen; jetzt ist die Mine geschlossen. Was bleibt ist eine grosse Unsicherheit: Über die Qualität des Wassers gibt es keine vertrauenswürdigen Angaben.

Mit Kalk abgedecktes Auffangbecken für giftige Abwässer der geschlossenen Mine Marlin

„Die Regierungsinstitutionen und die Ingenieure sagen, es gäbe keine Verschmutzung, aber keiner von denen würde auch nur den kleinen Finger in dieses Wasser halten", sagt uns Padre Erick Gruulos. Wird der Giftsee abgetragen, in die Flüsse geleitet oder einfach zugedeckt? Werden die Stollen aufgeschüttet oder nur zugemauert? Man spricht darüber, dass dort, wo die Mine lag, ein touristisches Naherholungsgebiet entstehen soll.

Und was passiert mit all den Leuten, die für die Mine gearbeitet hatten? Durch das Bergbauunternehmen ist viel Geld nach San Miguel gekommen. Plötzlich verdienten viele Leute viel Geld verglichen mit dem, was sie vorher zur Verfügung hatten. Händler kamen ins Dorf, Banken, Kneipen und Bordelle wurden eröffnet. Nach der Schliessung der Mine stehen viele wieder ohne Einkommen da und fühlen sich noch viel ärmer als früher, da sie für kurze Zeit am Konsumrausch teilhaben konnten. Was jetzt? Viele ziehen an die Küste, um als Plantagenarbeiter Arbeit zu finden. „Die Goldmine hat San Miguel Ixtahuacán gesellschaftlich und kulturell auf den Kopf gestellt und ein Chaos hinterlassen", klagt eine Frau der Kirchgemeinde von Padre Erick.

Vom Staat verlassen

Die Reise in die nördliche Region von Huehuetenango zeigte klar: Ca. 15 Autostunden von der Hauptstadt entfernt ist der Staat abwesend. Öffentliche Dienstleistungen fehlen fast komplett. Der Strassenzustand ist katastrophal, Zugang zu Bildung und Gesundheit sind extrem eingeschränkt; Klassenzimmer sind überfüllt, es fehlt an Schulmaterial, Gesundheitszentren und/oder qualifiziertem Gesundheitspersonal. Die Menschen in der Region sind der guatemaltekischen Regierung gleichgültig: „Wir existieren für den Staat nicht!" bekräftigt ein Mitglied des Gobierno Ancestral Plurinacional.

Die Strassen auf dem Weg nach Ixquisis

Doch dies gilt nicht nur für stark abgelegene Gebiete wie den Norden von Huehuetenango. Auch im Dorf Nacahuil macht man die gleiche Erfahrung: „Wir sind gerade einmal 18 Kilometer von der Hauptstadt entfernt, aber es scheint, als wären es tausende Kilometer. Wir sind total vom Staat und der Regierung verlassen. Die Migration in die Stadt aufgrund mangelnder Dienstleistungen wie Wasserversorgung oder Bildung und fehlender Möglichkeiten nimmt stetig zu," beklagt ein Mitglied der *alcaldia auxiliar* von Nacahuil.

Wenn der Staat in den Territorien Guatemalas präsent ist, dann in Form von Gewalt und Repression gegen Widerstand, der sich gegen wirtschaftliche Grossprojekte gebildet hat. Polizei und Militär kontrollieren AnwohnerInnen und schüchtern sie ein. Schon lange agieren sie nicht mehr zum Schutz der BürgerInnen, sondern zum Schutz der Interessen der Firmen. Am deutlichsten zeigt sich dies in Ixquisis, wo die Gemeindemitglieder in ständiger Angst leben: „Wir leben in einem Ausnahmezustand, die Region erlebt seit einer Weile eine starke Remilitarisierung. Hier gibt es kein Gesetz, hier existiert keine Gerechtigkeit."

Zu Besuch in der Aldea Ixquisis

Ein weiteres Beispiel für die Unwilligkeit beziehungsweise die Unfähigkeit des Staates seine BürgerInnen zu schützen – vor allem die am Verletzlichsten – ist die Tragödie des Hogar Seguro Virgen de la Asunción. Im staatlichen Heim, das ironischerweise den Namen „Sicheres Daheim" trägt, sind Kinder und Jugendliche untergebracht, die aus verschiedenen Gründen nicht mehr bei ihren Familien leben können oder wollen oder die keine Angehörigen mehr haben. Schon in der Vergangenheit gab es immer wieder Beschwerden über Missstände in diesem Heim. Die Jugendlichen klagten über Misshandlungen, körperlichen Strafen, sexuelle Ausbeutung durch Aufsichtspersonen, schlechte und zu wenig Nahrung. Diese Klagen verliefen jedoch jedes Mal im Sand. Die zuständige Behörde schaute weg.

Am 7. März 2017 kam es zu einem Aufstand der Mädchen im Heim. Sie wollten ihre Situation nicht mehr ertragen und rebellierten. Daraufhin wurde das Tor geöffnet und die Mädchen entkamen in die vermeintliche Freiheit. Mit Hilfe der Polizei wurden die Mädchen wieder eingefangen und im Heim in einen Raum gesperrt. 56 Mädchen in einem ca. 16 Quadratmeter grossen Raum mit vergittertem Fenster. Die ganze Nacht mussten die Mädchen dort

verbringen, ohne Zugang zur Toilette und nur mit ein paar Matratzen auf den Boden. Die Türen wurden verriegelt und mit einer Kette gesichert.

Am Morgen des 8. März 2017 brach Feuer aus. Es heisst, die Mädchen hätten eine Matratze in Brand gesteckt, um Aufmerksamkeit zu erregen. Die Heimleitung bemerkte das Feuer, liess aber vorerst die Türe geschlossen halten. Erst Minuten später wurde die Türe geöffnet und die Feuerwehr traf ein. 19 Mädchen waren tot, die anderen wurden mit schweren Verbrennungen ins Spital gebracht. Stunden später war das Feuer gelöscht und die Öffentlichkeit durch Fernsehen und Radio informiert. Zu dieser Zeit war die Anzahl der Todesopfer bereits auf 41 gestiegen. Die überlebenden 15 Mädchen wurden in die USA in Spezialkliniken für Brandopfer gebracht.

41 Mädchen hatten ihr Leben verloren, in einem staatlichen Heim, in dem sie Schutz finden sollten; und dies zur doppelten Ironie am 8. März, dem internationalen Frauentag. Für die aufgebrachte Zivilbevölkerung ist dieses tragische Ereignis ein Beweis für einen gescheiterten Staat – für sie ist klar, die Regierung und die staatlichen Behörden haben die Mädchen auf dem Gewissen: „¡Nos duelen 56!" Es waren Frauen aus der Bevölkerung, die die Familien der Opfer unterstützten und dies bis heute tun.

Lokale Initiativen der Selbstverwaltung

Am Tag der Tragödie des Hogar Seguro entstand das Colectivo 8 Tijax – ein eindrückliches Beispiel von Bürgerinnen, die die Situation eines verantwortungslosen Staates nicht mehr länger tatenlos hinnehmen wollten und sich ad-hoc organisierten, um zu helfen. Eine der engagierten Frauen schildert uns, wie sie im Fernsehen von diesem Unglück erfuhr, mit ihrer erwachsenen Tochter und anderen Frauen ohne gross nachzudenken zum Ort des Unglücks gefahren ist, mit der Gewissheit, dass die Eltern und Angehörigen *jetzt* Unterstützung benötigen. In diesen ersten Stunden haben sie Eltern ins Spital begleitet, später dorthin, wo die verstorbenen Mädchen aufgebahrt wurden. Sie haben verzweifelte Angehörige getröstet und standen bei der Identifizierung der Opfer bei. Für die Angehörigen, die zum Teil von weit herkamen, haben sie Übernachtungen und Verpflegung organisiert – der Staat war an diesem Tag abwesend und ist es bis heute! Die Arbeit des Colectivo 8 Tijax geht weiter. Die fünf Frauen, die diese freiwillige Arbeit machen, organisieren sowohl rechtliche als auch medizinische und psychologische Hilfe für die Betroffenen. Zusätzlich dokumentieren sie all diese Schritte. Es ist ein *learning by doing* Prozess, niemals hätten die Frauen mit dem gerechnet, was alles auf sie zukam, gesteht uns unsere Gesprächspartnerin. Für die Tragödie sind bis zum heutigen Zeitpunkt keine Verantwortlichen benannt worden – im Gegenteil: Im Gerichtsprozess wurde die Heimleitung von jeder Schuld freigesprochen.

Ein weiteres Beispiel einer hoffnungsbringenden lokalen Bürgerinitiative ist das Dorf von San José Nacahuil. Im Zentrum der Erzählungen steht die Wasserversorgung: Nacahuil liegt im sogenannten *Corredor Seco*, einem Trockengebiet, wo der Zugang zu Wasser ein zentrales Problem darstellt. Da die öffentlichen Dienstleistungen versagen, sahen sich die BewohnerInnen von Nacahuil gezwungen, selbst nach Lösungen zu suchen. Mit viel

Überzeugung und Einsatz ist es einer Gruppe gelungen, sich offiziell als Consejo Comunitario de Desarrollo (COCODE) zu registrieren und die lokale Wasserversorgung zu retten. Ein Musterbeispiel einer *bottom-up* Initiative zur Selbstverwaltung: „Mit transparenten Projekten auf der lokalen Ebene kann man viel erreichen!"

Alle packen mit an: Die BewohnerInnen von San José Nacahuil beim Verlegen der neuen Wasserleitungen [Fotos © COCODE Nacahuil]

Doch es bestehen weiterhin viele Hürden. Alle Mitglieder des COCODE und des Wasserprojektes arbeiten unentgeltlich und haben überfüllte Terminkalender. Durch die hohe Belastung bleibt auch kaum Zeit, sich mit anderen *comunidades* auszutauschen. Auch fehle immer noch zu vielen Menschen der Mut, aktiv zu sein und Projekte umzusetzen ohne Erlaubnis „von oben": „¡En Guatemala venimos atemorizados!" Zudem befürchten die Engagierten, dass ihnen nach Auslaufen der Amtszeit der COCODE-Mitglieder im Oktober 2018 keine neue Bewilligung für die Weiterarbeit erteilt wird, denn der lokalen Regierung auf *municipalidad*-Ebene sei die erfolgreiche Selbstverwaltung in San José Nacahuil ein Dorn im Auge.

Eine dritte sehr spannende Basisbewegung, die sich als Antwort auf einen nicht-funktionierenden beziehungsweise einen Staat, der grosse Teile der Bevölkerung ausgrenzt, formiert hat, ist das Gobierno Ancestral Plurinacional in der Region Huehuetenango. Auslöser für die Gründung dieses Netzwerkes von „traditionellen Lokalbehörden" waren Konflikte rund um ein wirtschaftliches Grossprojekt einer spanischen Firma in den Jahren 2012/2013 und die damit einhergehende Remilitarisierung der Region. Für einen der Mitgründer des Gobierno Plurinacional ist es jedoch wichtig hervorzuheben, dass sie hier nichts Neues erfinden: „Die *autoridades ancestrales* hat es immer gegeben und sie funktionieren auch heute weiter! Auch ohne offizielle Anerkennung vom guatemaltekischen Staat."

In erster Linie sehen sich die Mitglieder des Gobierno Plurinacional als *defensores de la tierra*. Doch ihr „Kampf" soll ganzheitlich sein; das Ziel ist eine von den *pueblos* selbstbestimmte Entwicklung in der Region. Dazu hat das Gobierno Plurinacional eine Struktur mit verschiedenen Ministerien: Aussenbeziehungen, Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft. Zudem möchten die Mitglieder des Gobierno die lokale Wirtschaft fördern, indem sie den Kaffeeabsatz in Zukunft ohne Zwischenhändler gestalten und die lokale Salzproduktion wieder stärken. Dabei sind die einzelnen *naciones* autonom und sollen sich so organisieren, wie sie möchten. Der Zusammenschluss im Gobierno Plurinacional soll die Kräfte der verschiedenen

indigenen Gruppen bündeln und Konflikte in der Region minimieren – ein ständiger Lernprozess, wie die Mitglieder selbstkritisch anerkennen.

Im Gespräch mit dem Gobierno Ancestral Plurinacional

Diffamierung und Kriminalisierung

MenschenrechtsverteidigerInnen agieren in Guatemala unter schwierigsten Umständen und sind verschiedenen Arten von Repression ausgesetzt. Sie werden eingeschüchtert, bedroht, verbal und tätlich angegriffen und immer wieder kommt es sogar zu Ermordungen. Eine Strategie für die Schwächung von Widerstandsbewegungen, die in Guatemala in den letzten Jahren extrem zugenommen hat, ist die Stigmatisierung und Kriminalisierung von AktivistInnen. Mächtige Medienunternehmen führen gezielte Diffamierungs- und Hasskampagnen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen und stellen sie als TerroristInnen, GegnerInnen der Entwicklung des Landes und Kriminelle dar. Zudem werden wichtige Mitglieder von Widerstandsgruppen immer häufiger von Firmen oder lokalen Regierungsbeamten wegen verschiedener vermeintlicher Straftaten wie illegale Vereinigung, illegale Aneignung von Grundstücken und Gütern und Entführung angeklagt. Nach Zahlen von Udefegua gab es allein im Jahr 160 Fälle von Kriminalisierung.

Gegen mehrere Fischer von El Estor, die sich aufgrund der Verschmutzung des Izabal-Sees gegen die Nickelfirma CGN/Pronico organisierten, sind Haftbefehle hängig. Ihre Anhörungen werden aber wieder und wieder aufgeschoben. Diese ungewisse Situation schränkt die Fischer extrem ein; sie können sich nicht mehr ohne Angst frei bewegen, können nicht mehr arbeiten, was Auswirkungen auf die ganze Familie hat. Auch den lokalen Journalisten, die über die Seeverschmutzung wie auch über die Proteste der Fischer berichtet haben, werden verschiedene Straftaten vorgeworfen. Zwei von ihnen wurden vorübergehend inhaftiert, jedoch auf Kaution wieder freigelassen; sie warten nun auf ihre Anhörung.

Der Präzedenzfall von Kriminalisierung des Widerstandes in Guatemala sind die ehemaligen politischen Gefangenen von Barillas. Über 20 Personen, die sich gegen das Wasserkraftprojekt Q'amb'alam der spanischen Firma Hidro Santa Cruz wehrten, wurden inhaftiert. Sie sassen bis zu drei Jahren im Gefängnis – ohne Gerichtsverfahren, ohne Schuldspruch! Einige von ihnen in Guatemala-Stadt, in Abteilungen für Schwerverbrecher. Die Haftumstände waren unmenschlich, die Inhaftierten wurden voneinander getrennt, sie mussten Schutzgelder

bezahlen, erlebten Demütigungen und Folter. Auch die Frauen der ehemaligen Gefangenen haben enorm gelitten. Um ihre Männer im Gefängnis in der Hauptstadt zu besuchen, mussten sie eine 13-stündige Reise in Kauf nehmen. Eine von ihnen schildert: „Ich war vorher noch nie in Guatemala City. Wir nahmen den Bus um fünf Uhr morgens und kamen um sieben Uhr abends an. Am nächsten Morgen standen wir im Gefängnis von fünf bis acht Uhr Schlange, bis sie uns hereinliessen. Sie nahmen uns das Essen weg, das wir für unsere Männer mitbrachten. Die Reisen kosteten sehr viel Geld. Wir mussten jemanden suchen, der sich um die Kinder kümmert, während ich nach Guatemala City reiste. Zum Glück gab es in der Hauptstadt Organisationen, die uns unterstützt haben."

Die Frauen der Ex-Gefangenen von Barillas teilen ihre schwierigen Erfahrungen mit uns.

Im Juli 2016 wurden die politischen Gefangenen dann von der Richterin Yasmin Barrios für unschuldig befunden und in die Freiheit entlassen. Ihn ihrem Urteilsspruch hielt die Richterin explizit fest, dass es sich um einen Fall von Kriminalisierung handelt und dass das heutige guatemaltekische Rechtssystem ein „Instrument der Macht und Dominanz" ist. Viele der ex-Gefangenen leiden unter gesundheitlichen und psychischen Folgen. Von den wirtschaftlichen Auswirkungen haben sich die Familien noch nicht erholt; Entschädigung haben sie keine gesehen.

Durch die gezielte Kriminalisierung von *dirigentes* sollen Widerstandsbewegungen geschwächt werden („descabezar las luchas"), die AktivistInnen sollen eingeschüchtert werden, ganze Familien werden gespalten. Doch der Widerstand lässt sich nicht so einfach brechen: „Wir haben gelitten, aber nur so lernt man, wir kämpfen weiter!" sagt einer der ex-Gefangenen überzeugt. Zudem hätte die Erfahrung auch etwas Positives gebracht; der Fall und die (Selbst-)Definition als politische Gefangene erlaubte eine Kommunikationsarbeit und somit eine Sensibilisierung über das Thema der MenschenrechtsverteidigerInnen und der *autoridades ancestrales* und konkret über die Problematik der Kriminalisierung.

Frauen im Widerstand

Die Situation für die Frauen und Menschenrechtsverteidiger*innen* in Guatemala ist noch einmal schwieriger. Insbesondere die indigenen Frauen leiden unter einer mehrfachen Unterdrückung: aufgrund ihres Geschlechtes (Sexismus), ihrer ethnischen Abstammung (Rassismus) und ihrer sozialen Klasse (*empobrecimiento*). Die guatemaltekische Gesellschaft ist immer noch sehr von Machismus und Patriarchalismus geprägt; häusliche und sexuelle Gewalt sind weit verbreitet.

Auch in den Gemeinden im Widerstand, die wir besucht haben, fällt auf, dass die Frauen oft noch stark unterrepräsentiert sind: Im COCODe von Nacahuil, in der *resistencia* von Ixquisis, im Gobierno Plurinacional. Trotzdem wird auf unserer Reise auch immer wieder klar, dass die *lucha pacífica* ohne die Frauen nicht möglich wäre; nicht nur im Fall der oben erwähnten politischen Gefangenen von Barillas, wo die Frauen zu Hause unter schwierigsten Umständen und mit gegenseitiger Unterstützung ihre Familien durchbrachten, sondern auch im Beispiel La Puya, wo der Widerstand trotz Provokationen und Übergriffen der Polizei nicht zuletzt dank der Frauen gewaltfrei blieb – sie stellten sich mehrmals furchtlos zwischen ihre Männer und die Einsatztruppen, um weitere Ausschreitungen zu verhindern.

Frauen helfen anderen Frauen: Die Solidarität und die gegenseitigen Ermutigungen unter guatemaltekischen Frauen beeindruckten uns sehr. Die Organisation Mujeres Ak'abal in Barillas zum Beispiel unterstützt in der Region Mädchen und Frauen, die von häuslicher und sexueller Gewalt betroffen sind. Die Frauen von Ak'abal helfen ihnen, wenn sie Anzeige erstatten möchten, und begleiten sie im Prozess. Es trauen sich immer mehr, vor Gericht zu gehen. Die Verhandlungen gestalten sich aber oft schwierig; die betroffenen Frauen werden stigmatisiert, oder die Angeklagten erscheinen nicht vor Gericht.

Die mutigen Frauen der Organisation Mujeres Ak'abal

Zusätzlich leisten die Mujeres Ak'abal wichtige Bildungs- und Kommunikationsarbeit. Sie halten Workshops, um die Frauen über ihre Rechte aufzuklären und gestalten regelmässig ein Programm im lokalen Radio. Die Arbeit der Mujeres Ak'abal wird nicht von allen gerne gesehen. Auch sie leiden unter Drohungen und Kriminalisierung und werden deshalb von Acoguate begleitet.

Ein Netz für bedrohte indigene Menschenrechtsverteidigerinnen bietet das Red de sanadoras del feminismo comunitario. Die dreizehn Frauen, die es ins Leben gerufen haben, können alle aufgrund ihres Aktivismus nicht mehr in ihren Gemeinden leben (*desplazamiento político territorial*). In ihren Treffen und Zeremonien legen sie den Fokus auf die Körperlichkeit. Für die sanadoras ancestrales lässt sich die Verteidigung des Landes und Territoriums nicht von der Verteidigung des eigenen Körpers trennen.

Auf den Körpern der *defensoras* liegt das Gewicht der verschiedenen Effekte der vielfachen Unterdrückungen; die Körper sind mit vielen schweren Emotionen beladen. Durch die ständige Anspannung erkranken viele Aktivistinnen. Gemeinsam wollen sie dem entgegenwirken und sich gegenseitig in der Verarbeitung ihrer Geschichten unterstützen (*acuerparse*). Die Prozesse der *sanación feminista comunitaria* sehen sie nicht nur als Wohlfühlübung, sondern als wichtige Massnahme zum Schutz und für die Sicherheit der Frauen.

„Sanando tú, sano yo, sanando yo, sanas tú. Es la reciprocidad de la sanación."

Zeremonie mit einer Vertreterin des Red de sanadoras ancestrales del feminismo comunitario

Dank

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns auf unserer Reise empfangen haben, für ihr grosses Vertrauen und für das Teilen ihrer Geschichten, von Einblicken in ihre Arbeit und Hintergrundinformationen. Für die Teilnehmenden aus der Schweiz war die Reise geprägt von Gefühlen der Ohnmacht und Verzweiflung – aber auch der Hoffnung und Bewunderung. Gerne nehmen wir die Worte aus La Puya mit: „Internationale Solidarität und Besuche geben den Widerstandsbewegungen in Guatemala neue Hoffnung und der Austausch streut neue *semillitas de resistencia* auf der ganzen Welt. "

Dania Rodríguez und Rob Mercatante danken wir für die professionelle aber auch persönliche Reiseführung; ohne Euch wäre diese Reise so nicht möglich gewesen!

Guatemalanetz Bern
c/o Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn
Bereich OeME-Migration
Altenbergstrasse 66
Postfach
3000 Bern 22
Mail: koordination@guatemalanetz.ch
http://www.guatemalanetz.ch

Guatemala-Netz Zürich
c/o Toni Steiner
Trottenstrasse 6

8037 Zürich
Mail: info@guatemalanetz-zuerich.ch
http://www.guatemalanetz-zuerich.ch

Reisebericht Guatemala 2018 © Alice Froidevaux, Koordinatorin Guatemalanetz Bern
Fotos © Alice Froidevaux, Michèle Jöhr & Pascale Kälin – Guatemalanetz Bern